

GASTBEITRAG

Was Arbeitnehmer politisch zählen

Landtagswahlen 2018. Wie viel Gewicht wird den Belangen der Arbeitnehmer in den Wahlprogrammen eingeräumt und wer wird diese zu vertreten wissen?

Von [Stefan Perini](#) 04.11.2017

Die nächsten Landtagswahlen sind zwar noch gut ein Jahr entfernt, doch Südtirol befindet sich schon jetzt im Wahlkampfmodus: Die Töne zwischen den Sozialparteien und zwischen den politischen Fraktionen sind schon rauer geworden, wie SWZ-Chefredakteur Christian Pfeifer vor einigen Wochen treffend bemerkte. Dass die Arbeitnehmer aktuell über eine relativ schwache und unzureichend organisierte politische Lobby verfügen, ist ein offenes Geheimnis. Umso interessanter ist die Frage: Wie viel zählen eigentlich die Arbeitnehmer gemessen am gesamten Wahlvolk?

Hier die Zahlen:

Bei den letzten Landtagswahlen 2013 gab es 373.050 Wahlberechtigte mit Wohnsitz in Südtirol. Rechnet man die Briefwähler dazu (27.911), kommt man auf insgesamt 400.961 Wahlberechtigte. Im Oktober 2013 gab es im Monatsschnitt 198.193 Arbeitnehmer. Davon 161.589 mit italienischer Staatsbürgerschaft. Zieht man von dieser Zahl die Personen mit weniger als 18 Jahren ab (1.787), bleiben genau 159.802 Arbeitnehmer, die theoretisch wahlberechtigt waren. Setzt man diese Zahl mit allen Stimmberechtigten in Bezug, so zeigt sich: **Von allen Stimmberechtigten in Südtirol sind 40% Arbeitnehmer.**



Mindestens 64% der Stimmberechtigten für die Landtagswahlen 2018 sind frühere oder heutige Arbeitnehmer.

Doch auch diese Zahl ist unterschätzt. Sie berücksichtigt nämlich nur jene Arbeitnehmer, die aktiv im Arbeitsmarkt sind, und nicht die „Ex“. Die Zahl der Rentner mit meldeamtlichem Sitz in Südtirol belief sich im Jahr 2013 auf knapp 124.000. Das sind rechnerisch fast 32% der Stimmberechtigten. Allerdings ist nicht sichergestellt, dass alle das Wahlrecht haben, zumal sich vor allem in den letzten Lebensphasen Fälle von Handlungsunfähigkeit und Demenz häufen. Darüber hinaus muss man berücksichtigen, dass nicht alle Rentner in ihrem „früheren“ Leben Arbeitnehmer waren. Unter der großzügigen Annahme, dass ein Viertel im früheren Erwerbsleben „Selbständige“ waren, sinkt dieser Anteil auf 24%.

Heutige und „frühere“ Arbeitnehmer müssten also 2013 rund 64% des Wahlvolkes gestellt haben. Rechnerisch dürften diese Kräfteverhältnisse wohl auch 2018 gelten.

Der Autor



Stefan Perini ist Direktor des Arbeitsförderungsinstitut (AFI). Der 44jährige Volkswirt arbeitet zuerst für das Ökoinstitut Südtirol/Alto Adige, wo er heute noch im Vorstand sitzt, dann als Projektmitarbeiter für das Landesstatistikinstitut ASTAT und dann als Leiter des Bereichs Wirtschaftsinformationen im Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) der Handelskammer Bozen. Seit Oktober 2012 leitet Perini das AFI.